

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen der Zukunftsstrategie der EU die Möglichkeit zu haben, einen Beitrag zu leisten.

Wie im Strategiepapier richtig ausgeführt, braucht es für eine wirtschaftlich starke EU mehr Kinder - und auch mehr kompetente Kinder.

Wir meinen, dass es daher wichtig ist, Rahmenbedingungen für Familien und insbesondere Frauen zu schaffen, die dies ermöglichen. Die Anerkennung der Familienarbeit als Beruf, insbesondere in der Kleinkindphase, scheint uns ein richtiger Weg zu sein.

Wir als Stadt unterstützen daher die angehängte Petition von engagierten Frauen nicht zuletzt aufgrund des volkswirtschaftlichen Nutzens.

Obwohl die EU kein eigenes Politikfeld für Familien hat, wirken doch viele ihrer Entscheidungen, wie z.B. die Förderung der Frauenerwerbsquote, direkt oder indirekt in die Familienpolitik der Staaten.

Es wäre daher wichtig, dass die EU auch diese Seite der Familienpolitik anerkennt und in ihren Möglichkeiten unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen!

Dr. Roland Andergassen
Leitung Kultur, Familien, Jugend, Sport
Abt. Bildung und Integration
Amt der Stadt Dornbirn
Rathausplatz 2
6850 Dornbirn
Tel.: +43/5572/306-4100
Fax: +43/5572/306-4008
Handy: +43/676/833064100
Email: roland.andergassen@dornbirn.at
Home: www.dornbirn.at



WERTSCHÄTZUNG DER FAMILIENARBEIT

Familienarbeit als Beruf – echte Wahlfreiheit durch finanzielle Gleichstellung inner- und außerhäuslicher Kinderbetreuung

„Eine Gesellschaftspolitik, die Familien schützt und ihnen sozial gesicherte Bedingungen bietet, leistet sich damit das optimale und möglicherweise einzig sinnvolle Programm zur Prophylaxe gegenüber den Verfallserscheinungen moderner Kindheit und Jugend, gegen Gewaltbereitschaft, Suchanfälligkeiten und eine allgemeine Tendenz zu übermäßig egozentrischem Sozialverhalten. Kurzum, das Gelingen einer sozialen Kultur ist auf das frühe Glück der Kinder angewiesen.“ (W.Bergmann)

Wir sprechen uns bewusst nicht gegen Fremdbetreuung und die Erwerbstätigkeit von Müttern aus.

Unser Ziel ist es jedoch, eine Gleichstellung der außer- und der innerfamiliären Kinderbetreuung zu erreichen und Familienarbeit als Beruf zu etablieren.

Wir sprechen hier in der Kleinkindphase von mind. 50% aller Frauen, die das betrifft.

Die Frage der Betreuung von Kindern darf nicht auf Kosten der seelischen Gesundheit unserer Kinder und Überlastung der Mütter gehen.

Folgende Rahmenbedingungen müssen daher seitens der Familienpolitik geschaffen werden:

Familienarbeit als Beruf

Es ist ein Berufsbild „Familienarbeit“ zu erstellen.

Durch Schaffung des Berufs „FamilienarbeiterIn“ Erreichen einer Wertschätzung der innerfamiliären Kinderbetreuung, sowie Anerkennung in der Gesellschaft und finanzielle Unabhängigkeit.

Familienarbeit muss jenen Stellenwert bekommen der ihr zusteht, statt zunehmender seelischer Verwahrlosung Trendumkehr in Richtung starke und gesunde Familien und Kinder und damit innovative und auch leistungsfähige Kinder für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Der Wert der familiären Kinderbetreuung für die Entwicklung des Kindes ist darzustellen.

Kinder gedeihen am besten in Familien die Liebe, Zeit und Mitgefühl investieren und lebensbejahende Werte vermitteln.

Gerade junge moderne Frauen möchten berechtigterweise gesellschaftlich anerkannt sein, daher brauchen sie einen Status der finanziellen Unabhängigkeit.

Aufwertung der Erziehungs- und Beziehungsarbeit – Zeit für Kinder, Partner, Großeltern, Nachbarn, Mitschüler und deren Probleme, Sorgen und Konflikte.
Aufwertung der Hausarbeit – hohe Lebensqualität durch Wohnlichkeit und Sauberkeit sowie bewusst gesunde Ernährung.

„Echte“ Wahlfreiheit ermöglichen durch finanzielle Gleichstellung der inner- und außerfamiliären Kinderbetreuung

Derzeit wird nicht zuletzt auf Grund der finanziellen Situation entschieden, ob eine innerfamiliäre Kinderbetreuung möglich ist.

70 % der Frauen würden gerne ihre Kinder selber betreuen (laut AK-Umfrage) ähnliche Studien in Deutschland sprechen gar von 80%.

Erst durch die „echte“ Wahlfreiheit bekommt die Familienarbeit die notwendige Wertschätzung.

Derzeit besteht eine Benachteiligung um nicht zu sagen Diskriminierung, wenn die Kinder innerfamiliär betreut werden.

Oft leben gerade diese Familien an der Armutsgrenze.

Innerfamiliäre Erziehungsarbeit ist mehr als ein Vollzeitjob, sie ist Zukunftsarbeit und Gesellschaftsarbeit, sie erbringt hochwertige Leistungen für die ganze Gesellschaft.

Durch eine „echte“ Wahlfreiheit wird die Bereitschaft zu Familie und zu mehr Kindern gefördert, damit auch langfristig der Generationenvertrag bis hin zu wirtschaftlicher Prosperität.

FamilienarbeiterInnen erziehen die Pensionszahler der Zukunft, erhalten aber selber keine Pension.

Wir fordern daher einen Gehaltsausgleich der den Kosten einer außerhäuslichen Betreuung entspricht, mit Pensions- und Krankenversicherung wie bei jeder anderen Erwerbstätigkeit.

Durch die Direktzahlung an die (meist) Mütter entstehen keine Mehrkosten, sondern weniger Verwaltungskosten, überschaubare Geldflüsse und weniger Folgekosten.

Das Gehalt könnte bzw. sollte an Aus- und Weiterbildungsmodule für Elternschaft geknüpft werden, am besten auch mit den bei uns üblichen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, damit auch der gesundheitliche Aspekt abgedeckt wird.

Durch dieses neue Berufsbild erhöht sich die Anzahl der Versicherungseinzahler. Es werden neue Arbeitsplätze geschaffen, was zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führt. Viele Frauen arbeiten nur deshalb, weil sie sonst nicht über die Runden kommen, und oft mit schlechtem Gewissen, wenn unversorgte Kinder Zuhause sind.

Wie bei der Umweltpolitik fordern wir eine ganzheitliche Betrachtungsweise und eine Nachhaltigkeit bei der Familienpolitik im Sinne der Generationen und Zukunft unseres Landes.

Unterstützung von Mehrkindfamilien durch Staffelung des Gehalts für FamilienarbeiterInnen unter Berücksichtigung der Kinderanzahl.

Elternbewusstsein

Eltern, die Wahlfreiheit vorfinden, können die Bedürfnisse der Kinder wahrnehmen und entscheiden, welche Form der Kinderbetreuung für sie die Bestmögliche ist.

Die Bedürfnisse der Familie können oft nicht mehr wahrgenommen werden, da eine Mehrfachbelastung und Überforderung der Eltern gegeben ist. Krankheiten, Burn-out und ein Schlittern in die Armutsfalle nehmen immer mehr zu.

Durch kompetente Eltern findet die Vermittlung von Werten und sozialem Wissen statt, die seelische und körperliche Entwicklung wird dadurch entwickelt und gestärkt, einer

Verwahrlosung vorgebeugt.

Keine Entmündigung der Eltern, die Verantwortung für Familienarbeit muss – bis auf Ausnahmen - immer bei den Eltern bleiben.

Während Geburtsvorbereitungskursen vermitteln von Elternbewusstsein und Kenntnissen für die Familienarbeit (Kinderpflege, gesunde Ernährung, Psychologie, Krankenpflege, eigene Werte erkennen und vermitteln).

Zusätzlich in den Schulen und Ausbildungsstätten Kindern und Jugendlichen frühzeitig den Wert der Familie vermitteln.

Das sind Lernfelder, die im Ausbildungskanon kaum vorkommen, die aber angesichts des fortschreitenden Verfalls von sozialem Wissen und Bewusstsein dringend notwendig wären.

Schaffung von Dienstverhältnissen für Eltern-Kind GruppenleiterInnen wie bei SpielgruppenbetreuerInnen und KindergärtnerInnen und Förderung dieser im Sinne der Netzwerk- und Bildungsarbeit.

Diese Eltern-Kind Gruppen sind oft erste Kontaktstelle und leisten wichtige Unterstützung bei der Familienarbeit (Präventivmaßnahme gegen Überforderung der Eltern, Hilfestellung bei Problemen, Förderung von Erfahrungsaustausch, Elternbildung, Integrationsmöglichkeit in der Gemeinde, Kontakt unter den Eltern usw.)

Lobby für die Bedürfnisse und das Wohl der Kinder schaffen

Die Bindungsforschung lehrt seit 50 Jahren, dass es Intelligenz, soziale Kompetenz, Mitgefühl, Leistungsfähigkeit, gegenseitigen Respekt und ein glückliches Leben ohne frühkindliche Bindung nicht gibt!

Das Wissen über die früheste Entwicklung der Kinder, über die Phase, in der die Bindung zwischen Eltern und Kind, deren Liebe und Halt als Fundamente des kindlichen Selbst gelegt werden, muss öffentlich bewusst gemacht und auf allen relevanten Ebenen vermittelt und gefördert werden.

Bei der Krippen-Debatte sollten die Erkenntnisse der Gehirn- und Bindungsforschung, sowie die Information über die Folgen einer zu frühen bzw. zu langen Trennung von der Mutter mit berücksichtigt werden.

In Anbetracht der Erkenntnis, wie notwendig Bezugspersonen sind, müssen die Eltern die Möglichkeit haben zu entscheiden, wie lange das Kind durch einen Elternteil betreut werden soll und dadurch dürfen keine Nachteile für die Familie entstehen.

Durch das momentane System werden jene Eltern diskriminiert und finanziell benachteiligt, die sich dafür entscheiden, ihr Kind in der Kleinkindphase überwiegend selbst zu betreuen.

Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung auf der einen Seite muss es im Sinne der „echten“ Vereinbarkeit ein tragfähiges pensionsrechtlich abgesichertes Familieneinkommen geben, damit Eltern nicht die billigste, sondern die beste Form der Kinderbetreuung wählen können.

Durch ein Familiengehalt wird präventiv die soziale Integrationsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen ermöglicht und können Folgekosten für unsere Gesellschaft eingespart werden.

Ein Land ohne Kinder – eine EU mit zu wenig leistungsfähigem Nachwuchs - hat keine Zukunft. Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Familienpolitik muss es daher sein, Mut zur Familie und Mut zum Kind zu machen. Das bedeutet, für jene politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu sorgen, die es der jungen Generation ermöglichen, den Wunsch nach Familie und Kindern zu realisieren, in die Erziehung von Kindern zu investieren, Familie und Generationensolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu betrachten.

Wir hoffen auf „offene Ohren“ der politisch Verantwortlichen, denn wir fordern nichts Ungebührliches, sondern längst Fälliges im Hinblick auf unsere Kinder und die Zukunft unserer Gesellschaft !

Durch die von uns geforderte Chancengleichheit wird ein völlig frei wählbarer Weg geschaffen, der bei richtigem Einsatz der Mittel und der von uns gewünschten gesetzlichen Vorgaben eine gerechte Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die sich mit Hingabe und Eigenleistung der Betreuung ihrer Kinder widmen, ermöglicht, zum Wohle unseres Landes!

Diese Petition wurde erarbeitet von einer Vielzahl engagierter, betroffener Frauen aus Vorarlberg/Österreich.

Dornbirn, 14. Jänner 2010

Unterstützt wird diese Petition auch von der Stadt Dornbirn, das Anliegen soll demnächst dem Land Vorarlberg unterbreitet werden!